

Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden und Schf. Staatsbank.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Messdorf und Dresden-Altsdorf

Bezugspreis einschließlich Fringerlohn in der Woche vom 22. bis 28. September 12000000 M., unter Kreuzband für Deutschland die Nummer 3000000 M. Einzelnummer 2500000.- M. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Bettendorferplatz 10. Tel. 25361. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Bettendorferplatz 10. Tel. 25361. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: Grundpreis mal Schriftzeile. Grundpreise: die 29 mm breite Komposition 135 M., die 90 mm breite Komposition 500 M., für auswärtige Anzeigen 100 und 500 M. Schriftzeile: 30000. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefeinforderung 300000 M.

Nr. 226

Dresden, Donnerstag den 27. September 1923

34. Jahrg.

Ausnahmezustand im Reiche

Berlin, 26. Septbr. In später Abendstunde veröffentlichte der Reichspräsident eine Verordnung auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 der Reichsverfassung zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit für das Reichsgebiet; die Artikel 114, 115, 117, 118, 124 und 153 der Reichsverfassung werden bis auf weiteres außer Kraft gesetzt. Es sind daher Einschränkungen der persönlichen Freiheit und der freien Meinungsäußerung einschließlich Pressefreiheit, des Vereins- und Versammlungsrechts, Einbruch in das Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprecheheimnis, Anordnungen von Hausdurchsuchungen, Beschlagnahme sowie Beschränkung des Eigentums auch außerhalb der sonst hierfür bestehenden gesetzlichen Grenzen zulässig. Die vollziehende Gewalt geht auf den Reichswehrminister über, der sie auf die Militärbefehlshaber übertragen kann. Auf Antrag bei dem Minister des Innern kann der Reichswehrminister zur Mitwirkung bei Ausübung der vollziehenden Gewalt auf dem Gebiete der Zivilverwaltung Regierungskommissare ernennen. Für Zuwiderhandlungen gegen die im Interesse der öffentlichen Sicherheit erlassene Verordnung des Reichswehrministers oder des Militärbefehlshabers werden schwere Freiheitsstrafen und Geldstrafen angedroht. Wenn die Zuwiderhandlungen den Tod eines Menschen verursacht haben, wird derjenige mit Tod, bei mildernden Umständen mit Zuchthaus nicht unter zwei Jahren bestraft. Die im Strafgesetzbuch mit lebenslangem Zuchthaus bedrohten Verbrechen werden mit dem Tod bestraft, wenn sie nach Verkündung der Verordnung begangen sind. Auf Befehl des Inhabers der vollziehenden Gewalt sind durch den Reichsjustizminister außerordentliche Gerichte zu bilden. Die Anordnung tritt mit der Verkündung in Kraft.

Die Verkündung des Ausnahmezustandes wird niemand überraschend kommen: sie ist als Vorbeugungsmaßregel gegen den von den Rechtsradikalen angekündigten Putsch und die wüste Agitation der Reaktion gegen den Abbruch des passiven Widerstandes im Ruhrgebiet zu verstehen. Blätter wie die Deutsche Zeitung schwelgen nur so in Erinnerungen an 1809 und 1813, in Ueberschriften wie „Das Volk steht auf!“ Dieses selbe völkische Blatt bringt gestern eine Rede, die Hauptmann Heiß, der Führer des Korps Reichsflagge, dieser Tage in Neumarkt aus Anlaß einer hakenkreuzlerischen Fahnenweihe gehalten hat. Dieser Kohortenführer erklärte dort: „Die innerpolitische Frage wird in Deutschland nur gelöst durch den Marsch der bayerischen Kontingente durch Thüringen und Sachsen nach Berlin. Erst wenn Deutschland im Innern frei ist, kommt das andre. Dann kommt auch der Franzose dran.“

Das weiter hinten folgende Stimmungsbild aus Bayern zeigt die Absichten der bayerischen Reaktion ähnlich deutlich. Ein ebenso bedenkliches Symptom ist die Ernennung des Erzreaktionärs v. Kahr zum Generalstaatskommissar, das heißt zum Diktator von Bayern. Die Dinge hätten sich überhaupt nicht bis zu diesen Gefahren und Bedrohungen der Republik entwickeln dürfen und können, wenn die Gewalten der Republik frühzeitig aufgestanden wären und gegen Bayern durchgegriffen hätten. Seit Monaten, seit Jahren mußte jeder, der nicht blind war, täglich sehen, wohin diese Entwicklung trieb. Hoffen wir, daß die Maßnahmen der Reichsregierung nicht zu spät kommen, um den Bürgerkrieg zu verhüten.

Wir nehmen an, daß die vollziehende Gewalt deshalb in die Hände des Reichswehrministers gelegt wurde, weil er von allen Ministern die engste Verbindung mit der Reichswehr hat. Bei den Vollmachten, die in seine Hand gelegt sind, wird es ihm anheimgegeben sein, Kahr's neueste Rolle entsprechend zu überwinden und gegen ihn entscheidend einzugreifen. Beweist die Reichsregierung und zeigt vor allem Herr Geßler die notwendige Entschiedenheit gegen die Feinde der Republik und der Verfassung, so darf er der Unterstützung der gesamten sozialdemokratischen Arbeiterkraft aller Landesteile sicher sein. Jetzt ist der Augenblick gekommen, da Herr Geßler zu zeigen hat, wie weit seine Behauptung, daß die Reichswehr trotz allem ein Instrument der Republik sei, richtig ist. Von seinem Tun, seinen Leistungen und Erfolgen wird es abhängen, wie weit die Arbeiterkraft ihm vertrauen und ihn unterstützen kann.

Bayerisches Sondervorgehen Diktator Kahr?

Die Korrespondenz Hoffmann teilt mit: Das bayerische Gesamtstaatsministerium erläßt eine Verordnung über einstweilige Maßnahmen zum Schutze und zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, wonach auf Grund des Artikels 48 der Verfassung des Deutschen Reichs und des § 64 der bayerischen Verfassungsurkunde für Bayern bis auf weiteres der Regierungspräsident von Oberbayern, Dr. v. Kahr, als Generalstaatskommissar bestellt wird. Verschiedene einschlägige Paragraphen der Verfassung des Deutschen Reichs und der bayerischen Verfassungsurkunde werden vorübergehend außer Kraft gesetzt. Es sind deshalb Beschränkungen der persönlichen Freiheit, des Rechts der freien Meinungsäußerung einschließlich der Pressefreiheit, der Vereins- und Versammlungsrechte, des Brief-, Post-, Telegramm- und Fernsprecheheimnisses, Anordnungen von Hausdurchsuchungen und Beschlagnahme sowie Beschränkungen des Eigentums auch außerhalb der sonst hierfür bestimmten gesetzlichen Grenzen zulässig.

Mit der Verkündung dieser Verordnung geht die vollziehende Gewalt auf den Generalstaatskommissar über. Unterbehörden des Reichs, des Landes und der Gemeinden bleiben in ihrer Tätigkeit, haben aber, mit Ausnahme der Gerichte, Verwaltungsgerichte und Militärbehörden, den Anordnungen und Verfügungen des Generalstaatskommissars Folge zu leisten. Er ist befugt, nach § 17 des Wehrgesetzes die Hilfe der Wehrmacht anzusuchen. Die Anordnungen und Verfügungen des Generalstaatskommissars gehen den Anordnungen und Verfügungen aller anderen Behörden, mit Ausnahme der Gerichte, Verwaltungsgerichte und Militärbehörden, vor. Rechtsmittel gegen die Anordnungen und Verfügungen des Generalstaatskommissars sind ausgeschlossen, soweit er nicht selbst etwas anders anordnet. Der Generalstaatskommissar kann Anordnungen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung erlassen und ihre Uebertretung sowie die Aufrechterhaltung und Anreizung zur Uebertretung mit Strafe bedrohen. Er ist auch berechtigt, Schutzhaft und Aufenthaltseinschränkungen zu verhängen. Diese Verordnung tritt mit der Verkündung in Kraft.

Unterzeichnet ist diese Verordnung von sämtlichen bayerischen Ministern. Gleichzeitig veröffentlicht die bayerische Regierung einen Aufruf, in dem es heißt:

„Die Reichsregierung mußte sich entschließen, den Kampf, den das deutsche Volk seit dem 11. Januar am Rhein und

in Ruhr geführt hat, abzubrechen. Auch die bayerische Regierung hat dies anerkannt und dem Beschluß der Reichsregierung zugestimmt. Die Beschützung über diese Entwicklung ist so hart, daß sie zu Störungen der öffentlichen Ruhe führen kann... In solcher Lage muß die Staatsregierung die Regelkraft in der Hand behalten. Sie hat zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung einen besonderen Generalstaatskommissar in der Person des Regierungspräsidenten v. Kahr bestellt und ihm die vollziehende Gewalt übertragen.“

Zur Verhängung dieses verheerenden blauenweißen Belagerungszustandes fragt die Vossische Zeitung ganz richtig: „Ist die Lage in Bayern wirklich so ernst, daß die Regierung Knilling zugunsten einer Diktatur Kahr abdanken muß? Oder handelt es sich um die Schaffung eines Vorhangs, hinter dem besondere Dinge sich vollziehen sollen?“ Unter nimmt die Regierung v. Knilling einen letzten und außerordentlich getragenen Rettungsversuch, indem sie dem Führer der blauweißen „Baterländischen Verbände“ die Aufrechterhaltung der Ordnung überträgt. Zwischen Kahr und den Vaterländischen auf der einen Seite, Hüler und den Völkischen auf der andern bestehen Gezenstände, die in der letzten Zeit mit wechselnder Schärfe zum Ausdruck kamen. Letztlich hängt also alles davon ab, wie sich das Verhältnis der beiden Gruppen zueinander gestaltet. Die Ernennung Kahrs zum Generalstaatskommissar kann sie noch weiter auseinanderbringen — aber wenn sie sich einigen sollten, dann gäbe es allerdings keine Staatsmacht in Bayern mehr, auf die bei Abwehr eines Rechtsputsches zu rechnen wäre.

Einstweilen besteht der Unterschied zwischen Vaterländischen und Völkischen darin, daß die ersten mit dem Völkischen warten wollen, bis Norddeutschland „bolshewisiert“ ist, während die zweiten meinen, Norddeutschland sei schon jetzt „bolshewisiert“, also könne gleich losgeschlagen werden.

Schon jetzt aber liegt in der bayerischen Verordnung selbst ein schwerer Konfliktsstoff, da diese den Versuch unternimmt, die Reichsbehörden — mit Ausnahme der Reichswehr — dem Generalstaatskommissar zu unterstellen. Inwieweit steht die Verordnung in Widerspruch mit dem neuesten Rundtelegramm der Reichsregierung, das die Reichsbeamten an ihre Gehörsamspflicht gegenüber erinnert. Zweifellos kommt der Verordnung in dieser Beziehung nur provisorischer Charakter — im Sinne der Verfassung — zu, und es wird notwendig sein, dieses Provisorium ehestens durch Wiederherstellung der Rechte der Zentralgewalt zu beenden.

Der Aufruf der Reichsregierung

An das deutsche Volk!

Am 11. Januar haben französische und belgische Truppen wider Recht und Vertrag das deutsche Ruhrgebiet besetzt. Seit dieser Zeit hatten Ruhegebiet und Rheinland schwere Bedrückungen zu erleiden. Über 190 000 deutsche Männer, Frauen, Greise und Kinder sind von Haus und Hof vertrieben worden. Für Millionen Deutsche gibt es den Begriff der persönlichen Freiheit nicht mehr. Gewalttaten ohne Zahl haben den Weg der Diskapation begleitet. Mehr als hundert Volksgenossen haben ihr Leben dahingeben müssen, Hunderte schwanden noch in Gefängnissen.

Gegen die Unrechtmäßigkeit des Einbruchs erheben sich Rechtsgedanke und vaterländische Besinnung. Die Bevölkerung weigerte sich, unter fremden Bajonetten zu arbeiten. Für diese dem Deutschen Reiche in schwerer Zeit bewiesene Treue und Standhaftigkeit dankt das ganze deutsche Volk.

Die Reichsregierung hatte es übernommen, nach ihren Kräften für die leidenden Volksgenossen zu sorgen. In immer steigendem Maße sind die Mittel des Reiches dadurch in Anspruch genommen worden. In der abgelaufenen Woche erreichten die Unterhaltungen für Rhein und Ruhr die Summe von 3500 Millionen Mark. In der laufenden Woche ist mindestens die Verdoppelung dieser Summe zu erwarten. Die einstige Produktion des Rheinlandes und des Ruhrgebietes hat aufgehört. Das Wirtschaftsleben ist befeuert und unbefestigt. Deutschland ist zerrüttet. Mit furchtbarem Ernst droht die Gefahr, daß bei Festhalten an dem bisherigen Verfahren die Schaffung einer gesonderten Währung, die Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens und damit die Sicherung der nächsten Existenz für unser Volk unmöglich wird.

Diese Gefahr muß im Interesse der Zukunft Deutschlands ebenso wie im Interesse von Rhein und Ruhr abgewendet werden. Am das Leben von Volk und Staat zu erhalten, streben wir heute vor der bitteren Notwendigkeit, den Kampf abzubringen. Wir wissen, daß wir damit von den Bewohnern der besetzten Gebiete noch größere stoffliche Opfer als bisher verlangen. Gewiß war ihr Kampf, teilsweise ihre Selbstbeherrschung. Wir werden niemals vergessen, was diejenigen aufgaben, die lieber die Heimat verließen, als dem Vaterlande die Treue zu brechen.

Dafür zu sorgen, daß die Gefangenen freigegeben werden, daß die Verhafteten zurückkehren, bleibt die vornehmste Aufgabe der Reichsregierung. Vor allen wirtschaftlichen und materiellen Sorgen steht der Kampf für diese elementaren Menschenrechte. Deutschland hat sich bereit erklärt, die schwersten materiellen Opfer für die Freiheit deutscher Volksgenossen und deutscher Erde auf sich zu nehmen. Diese Freiheit ist und aber kein Objekt für Verhandlungen.

über für Lausgeschäfte. Reichspräsident und Reichsregierung versichern hierdurch feierlich vor dem deutschen Volk und vor der Welt, daß sie sich zu keiner Abmachung verstehen werden, die auch nur das kleinste Stück deutscher Erde vom Deutschen Reiche losläßt. In der Hand der Einbruchsmächte und ihrer Verbündeten liegt es, ob sie durch Anerkennung dieser Auffassung Deutschland den Frieden wiedergeben oder mit der Verweigerung dieses Friedens alle die Folgen herbeiführen wollen, die daraus für die Beziehungen der Völker entstehen müssen.

Das deutsche Volk fordern wir auf, in den bevorstehenden Zeiten härtester seelischer Prüfung und materieller Not treu zusammenzusehen. Nur so werden wir alle Absichten zur Vertilgung des Reiches abwenden können, nur so werden wir der Nation Ehre und Leben erhalten, nur so ihr die Freiheit wiedergewinnen, die unser unveräußerliches Recht ist!

Berlin, den 26. September 1923.
Der Reichspräsident:
Ebert.
Die Reichsregierung:
Dr. Stresemann Schmidt Dr. Geßler
Dr. Brauns v. Raumer Dr. Rabruch Defer
Dr. Luther Sollmann Dr. Diffeering
Fuchs Dr. Güll.

Reichskanzler und Parteivertreter

Berlin, 26. September. Der Auswärtige Ausschuß des Reichstages nahm Stellung zum Abbruch des passiven Widerstandes im Westen. Reichskanzler Dr. Stresemann gab eine Uebersicht der außen- und innerpolitischen Lage. Der passive Widerstand hätte seinen Höhepunkt überschritten und seine anfängliche moralische Stütze allmählich eingebüßt. Nach den Angaben der beruferten Vertreter aus den besetzten Gebieten hätte der passive Widerstand nur noch eine gewisse Zeit aufrechterhalten werden können, ohne ihn der Gefahr eines Zusammenbruches in sich selbst auszusetzen. Das Verhältnis der Ruhrangelegenheiten zu der Finanzlage des Reiches würde in Folge der schwersten finanziellen, in seinen Folgen nicht zu übersehenden Zusammenbrüche bringen. Die heute die schärfsten Gegenmaßnahmen zur Beseitigung des passiven Widerstandes forderten, sind die gleichen, die sich noch fordern gegen die allzu große Belastung durch die zuerst vom Reichstag bewilligten neuen Steuern werden. Durch teiltweisen Abbau der Ruhrkredite sei weder der Widerstand noch

drücklich aufrechtzuerhalten, noch auch die Gefahr eines finanziellen Einbruchs abzuwenden gewesen. Dem drohenden vollkommenen Währungsverfall hätte man so nicht entgegenzutreten können. Nach Prüfung der Sachlage habe sich daher das Reichskabinett schon vor längerer Zeit entschlossen, die Aufgabe des Währungsverfalls zu verbinden mit französisch-belgischen Maßnahmen zur Durchführung der Vertriebenen, Befreiung der Gefangenen usw. seien erfolglos geblieben, da der französische Ministerpräsident sich auf den Standpunkt gestellt hätte, vor Abbruch des Währungsverfalls nicht in Verhandlungen einzutreten. So habe man sich dazu entschließen müssen, den Währungsverfall als innerdeutschen wie aus außenpolitischen Momenten aufzugeben, weil dessen Durchführung ohne jeden Zweifel zu einem vollkommenen Zusammenbruch im Innern geführt hätte. Diese Sachlage sei geschaffen worden durch die Entwicklung der Machtverhältnisse, die härter gewesen seien, als die moralische Gegenwehr, die das Deutsche Reich demgegenüber hätte aufzubringen vermocht.

Zu den Vorbereitungen, das Ruhr- und Rheingebiet nicht mehr in einen normalen Zustand zu überführen, könnten nur die Verhältnisse allein abhängen, wie sich die Dinge nunmehr vollziehen sollen. Der Reichsanwalt betonte nochmals, daß in allen Beratungen der letzten Tage nicht von einer einzigen Seite auszuweichen worden sei, daß man sich von einer Fortsetzung des Währungsverfalls bei Finanzierung von deutscher Seite irgendwelche Vorwürfe. Der deutsch-nationale Vorschlag, mit Frankreich zu brechen und die Verpflegung der besetzten Gebiete sowie die Wiederinhabung ihrer Wirtschaft zunächst der Sorge Frankreichs und Belgien zu überlassen, habe gerade bei Vertretern jener Gebiete die schärfste Verurteilung erfahren. Man würde darin im Rheinland ein Aufgeben, ja vielleicht einen Verrat am Rheinlande sehen. Der Aufruf der Reichsregierung zeigt die festen Grundlinien, nach denen die Reichsregierung handeln wird.

In der Aussprache billigten die Abgeordneten Graf Bernstorff (Dem.), Dr. Freitsch (Soz.), Dr. Spahn (Centr.) und Dr. Scholz (D. Sp.) die Ausführungen des Reichsanwalts über die Notwendigkeit der Aufgabe des passiven Widerstandes, wie dies in der Regierungserklärung dargelegt ist, und stellten sich hinter die Politik der Reichsregierung. Abg. Dr. Heffertich (Dnat. Sp.) forderte, daß der passive Widerstand durch den Währungsverfall abgelöst werde. Abg. Goenen (Roman.) mißbilligte die Form des Abbruchs des passiven Widerstandes. Für die Liquidierung der Ruhrkrise sei eine Arbeiter- und Bauernregierung und die Sachverwalterfassung Voraussetzung gewesen. Zum Schluß sprach noch Abg. Müller-Franzen (Soz.), der ausdrücklich jedes Wort des Aufrufes der Reichsregierung billigte. Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

Zugung der Organisationen

Berlin, 26. September. Die Reichsregierung hat bereits die notwendigen Vorbereitungen zum schnellen Abbruch der Ruhrfront getroffen. Sie plant unter anderem einen besonderen Kommissar mit der Abwicklung zu betrauen. Auch die großen Organisationen des Ruhrgebietes dürften im Anschluß an den Aufruf der Reichsregierung im Verlauf des Donnerstags zu Besprechungen über den Abbruch des passiven Widerstandes zusammengetreten. Die Vertreter der freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei versammelten sich an diesem Tage in Gießen.

Die Haltung im Ruhrgebiet

Wesentlich, 26. September. (Eig. Drahtbericht.) Der Beschluß der Reichsregierung, den passiven Widerstand abzugeben, ist erst im Laufe des Mittwochs in den Landorten und den Bergarbeiterkreisen allgemein bekannt geworden. Für viele Kreise war er keine Überraschung, da man die Unhaltbarkeit des Widerstandes der letzten Wochen eingesehen hat. Die Haltung der Regierung wird durchaus gebilligt und gewürdigt. Ein gewisser Mißmut äußert sich hier und da bei den Bevölkerungsteilen, die viel unter der Besetzung gelitten haben. Trotzdem ist anzunehmen, daß die Bevölkerung dem Aufruf der Regierung und dem Rat ihrer betriebliehen Parteien und Gewerkschaftsführer folgt. Gegen den Abbruch des passiven Widerstandes sind nur die Deutschnationalen und die Kommunisten. Es ist damit zu rechnen, daß die beiden Parteien alles versuchen werden, um die Bevölkerung gegen die Beschlüsse der Reichsregierung einzunehmen. Wie weit sie Erfolg haben, kann natürlich heute noch nicht gesagt werden. Die Deutschnationalen sind im allgemeinen im Herzen des Industriegebietes nicht zahlreich. Ihre Anhänger verhalten sich aus Furcht, denen die breiten Massen der Bevölkerung von vornherein ablehnend und mit Mißtrauen gegenüberstehen. Wenn der Einfluß der Reichsnationalen also im Ruhrgebiet auch nicht weit reicht, so ist doch angesichts der Stimmung möglich, daß sie durch ihre hemmungslose Agitation manchen Wirrtropf einbringen. Charakteristisch dafür ist die heutige Ausgabe der Allgemeinen Zeitung in Wesseln. Das Blatt gab sich bisher vollparteilich aus. Heute ergeht es sich aber in heftigen Angriffen gegen den Beschluß des Reichskabinetts und macht Mißverständnisse für den Abbruch des passiven Widerstandes verantwortlich. Schweregeister als die deutsch-nationale Agitation wird die der Kommunisten sein, wenn auch ein gut Teil der Anhänger der K. P. D. den Beschlüssen der kommunistischen Zentrale nur widerwillig folgt und innerlich davon überzeugt ist, daß der weitere Widerstand nutzlos und ohne Zweck ist.

Vor dem Loslösen der Sonderbündler

Die rheinischen Sonderbündler wissen, daß jetzt ihr Loslösen erfolgen muß, wenn sie nicht dem Ruch der Lächerlichkeit verfallen wollen. So beschließen sie, nach übereinstimmenden Mitteilungen, für nächsten Sonntag in Düsseldorf „bis Proklamierung der Rheinischen Republik“ hinaus zu werden. Mehr als 70 Regimenter von den Franzosen gestellt und 100 000 Mannschaften liegen bereits vor. Unmittelbar im Anschluß an die Versammlung soll zur Tat geschritten werden. Etwa um 8 Uhr nachmittags will man General Degoutte eine vom Generaldirektorium des Unabhängigkeitsbundes aufgesetzte Protestnote überreichen und nach einer ausgedehnten Antwort des Generals soll dann die Rheinische Republik ausgerufen werden. Einzelne Gruppen der anwesenden Offiziere hätten schon den Befehl, mit aller Schärfe gegen Gegenemonstrationen vorzugehen und, wenn der Gummistempel nicht anvertraut, soll von der Schutztruppe Gebrauch gemacht werden. Es werde sofort eine Rheinwehr errichtet werden, die die Waffen der zu befreienden grünen Polizei erhalten. Die Franzosen verteilten bereits Armeepfeifen unter den Separatisten usw. — Richtig dürfte sein, daß man mit Protestanstrengungen der Sonderbündler zu rechnen hat, wie sie bisher noch nicht erlebt wurden. Das rheinische Volk, das zum Reichsgangem steht, ist aber auch noch da. Es wird den verbrecherischen Anschlägen zu begegnen wissen.

Ankündigung und die Ruhrfrage

München, 26. September. (Eig. Drahtbericht.) Ueber die Stellungnahme des bayerischen Ministerpräsidenten v. Anning in der Konferenz der Ministerpräsidenten gibt das Organ der bayerischen Regierung, die Staatszeitung, folgende Informationen: Angeht die finanziellen und wirtschaftlichen Entwicklung ist die Einsetzung des passiven Widerstandes zur Notwendigkeit geworden. Aber der bayerische Ministerpräsident hat in Berlin demütig zum Ausdruck gebracht, daß kein Vertrag und keine Diktatur unterschrieben werden darf, die das Volk des deutschen Volkes ge-

widerlaufen, daß unerfüllbare Forderungen und neue Lasten dem deutschen Volk nicht auferlegt werden dürfen. Er ist ferner entschieden dafür eingetreten, daß die Aufgabe des Widerstandes nicht etwa zum Gegenstand eines Roten Reiches mit den Fremdmächten gemacht, sondern daß ihre Notwendigkeit dem deutschen Volk lediglich in einem Aufruf der Reichsregierung klargestellt wird, in dem vor aller Welt auf die Notwendigkeit des französisch-belgischen Vorgehens, auf den Bruch des Vertrages von Versailles hingewiesen wird. Diesem Verlangen ist der heute veröffentlichte Aufruf leider nur ganz unzureichend nachgekommen. Leider hat er auch unterlassen, die ebenfalls vom bayerischen Ministerpräsidenten gegebene Anregung zu befolgen, nachdrücklich darauf hinzuwirken, daß uns Leistungen aus dem Vertrag solange unmöglich sind, als uns nicht die Verfügung über das Rhein- und Ruhrgebiet wieder zusteht, und daß der Vertrag von Versailles, weil er von Frankreich gebrochen, auch für Deutschland nicht mehr bindend ist. Freilich stand Herr von Anning in der Ministerpräsidentenkonferenz mit seinen Anregungen allein, die Vertreter der anderen Länder konnten sich nicht entschließen, die unabsehbaren Konsequenzen aus der Sachlage zu ziehen und entsprechend ihrem Verhalten läßt der Aufruf denn auch in der unterschiedenen Betonung des Rechtsstandpunktes leider so ziemlich alles zu wünschen übrig.

Beratungsplan des Reichstags

Berlin, 26. September. Der Vorkonferenzrat des Reichstags hat beschloffen, die große politische Aussprache, die der Reichsanwalt durch eine Regierungserklärung einleiten wird, erst am nächsten Dienstag abzuhalten. Für die morgige Sitzung verbleibt es bei der bekannten Tagesordnung. Am Freitag soll das Bankgesetz und am Mittwoch nächster Woche das Währungsgesetz behandelt werden. Sonnabend und Montag bleiben Sitzungstage für die rheinischen Abgeordneten, die nach ihren Wahlbezirken zu Beratungen reisen.

Wiederum neue kommunistische Forderungen

Weimar, 26. September. (Eigener Drahtbericht.) Am Mittwoch verhandelte die Sozialdemokratische Thüringer Partei erneut mit den Kommunisten über die Neubildung der Regierung. Nach einer mehrstündigen Sitzung gab die kommunistische Partei die Erklärung ab, daß sie auf Grund der ablehnenden Haltung der Sozialdemokratie gegenüber der Anerkennung des Betriebsrätekongresses und der Bildung proletarischer Hundertschaften aufstande sei, eine sozialdemokratische Minderheitsregierung zu unterstützen. Sie wolle jedoch die endgültige Entscheidung einem schiedlich einberufenen kommunistischen Bezirksparteiabg. überlassen, der einer Weiterführung von Verhandlungen wohl zustimmen dürfte, wenn die Sozialdemokratische Partei bereit sei, auf folgende Fragen in einem Aufruf gegen Bayern durch gemeinsame sozialistische Organisation aller Betriebsrätekontrollen und durch die sofortige gemeinsame Schaffung proletarischer Hundertschaften in den Betrieben und Orten zu schließen?

1. Ist die U. S. P. D. bereit, die Thüringer Grenze gegen Bayern durch gemeinsame sozialistische Organisation aller Betriebsrätekontrollen und durch die sofortige gemeinsame Schaffung proletarischer Hundertschaften in den Betrieben und Orten zu schließen?

2. Ist die U. S. P. D. zu gemeinsamer Propaganda für einen einheitlichen proletarischen Selbstschutz, insbesondere durch ein gemeinsames Flugblatt und Versammlungen, in denen Redner beider Parteien für ihn sprechen, bereit?

3. Ist die U. S. P. D. bereit, gemeinsam Konferenzen der Führer des einheitlichen proletarischen Selbstschutzes für Thüringen und später auch gemeinsam mit Sachsen mit uns einzuberufen? Ist sie bereit, sofort mit uns eine gemeinsame Konferenz der Arbeiterparteien und Regierungen Sachsen und Thüringens zur Vorbereitung der gemeinsamen Abwehr der bayerischen Reaktion und der Durchführung einer gemeinsamen proletarischen Politik einzuberufen? Ist sie weiter bereit, einen gemeinsamen Aufruf mit uns zur Mobilisierung der Massen gegen die faschistische Gefahr zu erlassen?

4. Ist die U. S. P. D. zu gemeinsamen Vorgehen der Arbeiterparteien und Regierungen Thüringens und Sachsen gegen Geßler und den Reichswehrstand bereit? Dazu würden gewöhnlich gemeinsame Zusammenkünfte der Parteien und Regie-

Die Agrarier - brutal, aber offen

Die Ritter von Kr und Palm ziehen nun offen gegen das Währungsprojekt der Regierung zu Felde. Der Reichs-Landbund löst in der deutsch-nationalen Presse erklären, daß der Reichsfinanzminister mit seinem Projekt nichts anderes als eine gigantische Steuererhöhungsmaschine schaffen will. Deshalb sei die Zustimmung der Landwirtschaft ausgeschlossen. Wenn man sich schon eine Neubildung von Grund und Boden gefallen lasse, dann nur unter der Bedingung, daß mit der Einführung des neuen Geldes auch bestimmte Reformen in unserem Finanz- und Wirtschaftsleben durchgeführt werden. Die parlamentarische Erklärung schließt mit dem Satz: „Reiches Geld, nicht ohne eheliche Arbeit.“

Die Landwirtschaft meldet damit ihre Forderungen an. Sie ist keineswegs beschweden. Schon die Vertreter der Agrarier, die in den Beratungen, die jetzt infolge der außenpolitischen Entscheidungen naturgemäß in den Hintergrund treten mußten, teilnahmen, haben mehrfach durchblicken lassen, daß die Zustimmung der Landwirtschaft zu dem Währungsprojekt des Kabinetts nur gegen Streichung der Betriebssteuer und der Landabgabe zu haben ist. Nun geht man ganz aus der Reserve heraus und verlangt Reformen des Staates und der Wirtschaft. Darunter versteht man „eheliche Arbeit.“ Niemand wird darüber im Zweifel sein, wozu diese Forderung zielt. Eheliche Arbeit heißt: Durchbrechung des Notstandes, Abgabe Währungs in der Ausbreitung des Arbeiters und Verzicht auf die Revolutionserwartungen.

Diese Forderungen des Reichs-Landbundes sind brutal, aber offen. Man kann wohl sagen, daß die Notlage des Staates und der breiten Massen noch ein Schamlocher von einem Teil der Bevölkerung, der eben aus der Not des Vaterlandes seine gegenwärtige ökonomische Stärke gezogen hat, ausgekostet wurde, um besondere Interessen durchzusetzen. Wie steht in Wirklichkeit das Opfer aus, das die Landwirtschaft nach dem Regierungsentwurf bringen soll, und welcher Art sind die Vorteile, die der Regierungsentwurf gerade der Landwirtschaft zuzugest? Ohne Zweifel werden gerade die Landwirtschaft an dem wertvollsten Geld profitieren. Der Regierungsentwurf gibt ihnen die Hälfte des Noterwerbsguts. Was gibt die Landwirtschaft dafür? Nach dem Regierungsentwurf soll nicht eine Prozentige Belastung nach dem Währungsbeitrag, wie ursprünglich geplant, erfolgen, sondern nur eine Prozentige. Dabei ist diese Belastung nur eine Garantleistung, denn der Landwirt hat für die ihm auferlegte Hypothek fünfzig Pfennig zu zahlen, die wahrscheinlich nicht einmal 5 Prozent beitragen werden. Er gibt aber nicht umsonst ab. Aus dem bilanzmäßigen Reingewinn bekommt er nämlich 5 Prozent auf seine Anlagen zurückzuerhalten und der Rest des Reingewinns teilt den Anteilgebern, unter denen die Hälfte die Landwirte vertreten, immer noch die Hälfte, den Einsetzern weiterer Vergütungen zuzulassen. In Wirklichkeit wird also der landwirtschaftliche Währungsbeitrag nur mit einem Pfennig belastet, der weit unter 5 Prozent liegt. Während die breiten Massen der Bevölkerung, bis weit in die Hunderttausende hinein, die Inkassationsraten bezahlen und beträchtliche Teile ihrer Einkünfte einbüßen haben, hat die Landwirtschaft aus der Not des Volkes Nutzen gezogen und ihren Besitz schützenswert gemacht. Es heißt fest, daß gerade sie aus den bevorstehenden Reaktionen die Belastung in kürzester Zeit abwenden kann. So steht in Wirklichkeit die Neubildung von Grund und

Währungs, Austausch des Materials und ein gemeinsamer Aufruf gegen Geßler.

5. Ist die U. S. P. D. bereit, mit uns gemeinsam gegen die Kommunistenbege anzutreten und besonders folgende praktische Maßnahmen mit uns zu treffen: a) gemeinsamer Aufruf gegen die Kommunistenbege, wie Verbot kommunistischer Zeitungen, Verhaftungen, die Verfolgung der Betriebsrätebewegung; b) durch geeignete Maßnahmen das Verbot kommunistischer Zeitungen unwirksam zu machen.

Automatische Festsetzung des Steuerabzugs

Die Ermäßigungen der Höhe für den Steuerabzug der Lohn- und Gehaltsempfänger sind bisher jeweils durch besondere Verordnungen monatlich oder halbjährlich geändert worden. Darin soll jetzt eine entscheidende Änderung eintreten. Nach einer Vorlage des Reichsfinanzministeriums werden die Veränderungen der Ermäßigungsätze künftig wöchentlich automatisch vorgenommen, und zwar in der Weise, daß sie im Verhältnis des Steigens der Inflation für die Lebenshaltung zu der gleichen Inflation, die in der zweiten Kalenderwoche des Monats September festgestellt worden ist, verändert wird. Der Reichsfinanzminister stellt die sich ergebenden Verhältnisse fest, rundet sie ab und gibt sie öffentlich bekannt. Danach wird sich etwa folgendes Bild ergeben:

Die Inflation in der zweiten Kalenderwoche des Monats September betrug rund 5 Millionen. Die Verhältnisszahl in der vierten Kalenderwoche wird etwa 30 Millionen sein, also der sechsfache Betrag. Steigt die Verhältnisszahl in der ersten Woche des Oktober auf 35 Millionen, so würden für alle Wochenabgaben in der ersten Oktoberwoche die Ermäßigungsätze um das Sechsfache erhöht werden.

Durch diese Regelung werden die zahlreichen Veränderungen der Ermäßigungsätze auf dem Wege der Gesetzgebung beseitigt. Es wird zugleich erreicht werden, daß die Verschwendung in der Belastung des Lohnverdieners durch den Steuerabzug verschwindet. Denn da bei der Festsetzung der Höhe in der Regel von dem Lebenshaltungszustand ausgegangen wird und künftig auch für die Ermäßigungsätze der Steuerabzug der Lebenshaltungszustand maßgebend ist, so steigen sowohl die Freigrenzen, als auch die Ermäßigungsätze in demselben Verhältnis, wie Löhne und Gehälter.

Mit dieser Regelung, auf die die Sozialdemokratie seit jeher hingewirkt hat, verschwinden zahlreiche Ungerechtigkeiten.

Um Korfu

Italien hatte versprochen, am heutigen 27. September die von ihm belegte griechische Insel Korfu zu räumen, wenn alle griechischen Verpflichtungen erfüllt seien. Es war vorausgesehen, daß Mussolini Vorwände suchen und finden werde, um nicht so schnell aus Korfu abzurücken. Dies trifft nun ein. Griechenland hat alle Bedingungen erfüllt, aber die internationalisierte Untersuchungskommission hat die Schuld und die Schulden an der Ernennung noch nicht einwandfrei ermitteln können. Ein Bericht von der Kommission an die Pariser Völkerkonferenz sagt, die Mehrheit glaube, daß es sich um einen perfiden Machtspruch des Generalissimi handle, während die italienische Minderheit Griechenlands Schuld behauptet. Die Völkerkonferenz kam zu keinem Ergebnis. Sofort hat Mussolini verkündet, daß dadurch die Räumung Korfus „verzögert“ werde. Heutzutage soll Italien die 50 Millionen Lire Entschädigung erhalten, die Griechenland hinterlegt hat.

Altenneuerliche Sarkerhöhung bei der Eisenbahn

Eben ist am Dienstag eine neue gewaltige Erhöhung der Eisenbahnfahrpreise in Kraft getreten. Da wird schon wieder eine alterneuerliche Angelegenheit. Eine Berliner Meldung besagt: Voraussichtlich am 1. Oktober wird eine abermalige Erhöhung der Schiffsfahrpreise für den Personen- und Güterverkehr durchgenommen werden. Das Reichsverkehrsministerium gibt aber bekannt, daß die Einrichtung der Monatskarten zunächst befreit bleibt.

Richtlinien für die Goldrechnung

Die rasche Umstellung der Produktion und des Handels auf die Goldrechnung hat das Chaos im Zahlungsverkehr weiter vergrößert. Auch der Begriff Geldmarkt wurde z. B. sehr verschieden aufgefaßt. Man richtete sich nach allen möglichen ausländischen Zahlungsmitteln. Kaum man den Dollar, so wurde er hier mit 4 Goldmark und dort mit 4,2 Goldmark berechnet. Außerdem herrschte völlige Willkür darüber, welchen Kurs man der Umrechnung zugrunde legte. Der Reichsverband der deutschen Industrie hat nun, um eine einheitliche Durchführung der Goldmark zu ermöglichen, Richtlinien aufgestellt. Wenn sie auch manche Unklarheit enthalten und zu manchen Bedenken, z. B. durch die Regelung der Frage der Reparationskaufkraft, Anlaß geben, sind sie doch als Versuch zu begrüßen, das gegenwärtige Chaos in der Preisbildung und im Zahlungsverkehr, soweit das überhaupt möglich ist, zu ordnen. Nach den Richtlinien ist eine Goldmark gleich einem Dollar, bildlich durch 4,2. Die Zahlung kann erfolgen durch Goldgroschenübergabe, Goldschmelz, Goldwechsel. Davon können benutzt werden, soweit das gesetzlich zulässig ist, Dollarschuldenweisungen, Goldanleihecheine und ähnliche Anleihecheine nach freier Vereinbarung. Wird in Devisen und in Anleihecheinen gezahlt, so erfolgt die Kursdifferenz zum Vorkurs der nächsten Berliner Börsennotierung nach dem Tage des Eingangs. Erfolgt Zahlung in Papiermark, so wird der Papiermarkbetrag zum Dollarkurs (für telegraphische Überweisung New York) des dem Zahlungseingang nachfolgenden Berliner Börsentages in Goldmark umgerechnet. Restbeträge werden in Goldmark weitergeführt und in Papiermark umgerechnet. Für die Abdeckung der Restbeträge ist eine andere Vereinbarung möglich. Solange die Berliner Börsennotierung nicht den tatsächlichen Verhältnissen entspricht, soll eine Reparationsklausel zugelassen werden. Bei Zahlung nach Richtlinien werden Bankzinsen und Bankkosten berechnet. Die Richtlinien haben keine rückwirkende Kraft.

Die Richtlinien des Reichsverbandes stellen eine volle Durchführung der Goldrechnung dar. Die Preise werden sich durchweg dem Dollar anpassen. Folgerungen für die Lohnpolitik sind dadurch unabweisbar.

Vor bayerischen Entscheidungen

München, 26. September. (Sig. Draht.)

Die Ereignisse in München drängen auf einen gewissen Zeitpunkt hin. Die Uebertragung der politischen Leitung der bayerischen Verbände an Adolf Hitler bedeutet die freiwillige Unterordnung der militärischen Stützkräfte unter eine politische Diktatur, was um so beachtenswerter ist, als der bis ins kleinste ausgearbeitete militärische Apparat der Kampferbände unter Leitung eines umfangreichen Generalstabes ausschließlich von Berufsmitgliedern befehligt wird. Diese militärische Organisation ist außerordentlich stark zusammengesetzt. Sie soll verstärkt werden, wie aus den am Mittwoch veröffentlichten ultimativen Befehlen Hitlers an sämtliche wehrfähigen nationalsozialistischen Parteimitglieder hervorgeht. Innerhalb zehn Tagen sollen nach diesen Anordnungen die Nationalsozialisten aus allen sonstigen militärischen Verbänden austreten und sich in die Reihen der Kampferbände eingliedern. Wer diesen Befehlen nicht nachkommt, wird aus der Partei ausgeschlossen. Damit wollen die Kampferbände die illegale militärische Macht an sich reißen. Der Befehl trifft nicht nur die Teilgruppen und -gruppen, in denen seit Jahr und Tag ein jüdisches Spiel getrieben wird, sondern er ist offensichtlich auch gegen den „Deutschen Offiziersbund“, den „Nationalen Verband Deutscher Offiziere“, den „Frontkriegerbund“ und andre mehr gerichtet, die korporativ dem Bunde „Bayern und Reich“ (Vorführer Rahr) angeschlossen sind. Nicht zuletzt ist er auch eine Spitze gegen Rupperts von Wittelsbach, der in seiner bekannten Rede im Nationalverband die bayerischen Offiziere neuerdings auf den von ihnen geleisteten Eid verwiesen hat. Am Donnerstagabend hält Hitler nicht weniger als 14 Versammlungen ab, in denen er überall selbst aufzutreten will. Für diesen Tag sind in ganz Bayern außerdem alle Versammlungen und Redungen der Nationalsozialisten abgesetzt und alle Kräfte in München konzentriert. Auch aus Oesterreich und der Tschechoslowakei sind deutschböhmische Führer herbeigerufen. Den Mitgliedern der Kampferbände wurde jeder Urlaub außerhalb Münchens verweigert. Für die Nacht zum Freitag ist Alarm bereits angeordnet, einzelne Gruppen sind für Freitag, früh 4 Uhr, in voller Ausrüstung zum Appell berufen. Ein Sturmtrupp Nationalsozialisten hat in der Nacht zum Freitag „Friedwache fürs Stadelheim“, ein Gefängnis an der Peripherie Münchens, das in der Mitternacht jene berüchtigte Rolle für Inhaftierung politischer Gefangener gespielt hat. In diesem Zusammenhang interessiert eine Liste, auf der mehr als 100 Namen politischer Persönlichkeiten verzeichnet sind, die zum Zeitpunkt der Aktion ausgehoben und ungeschädigt gemacht werden sollen, um die Gegenwirkung zu erschweren. Auf dieser Liste sind Namen bekannter Sozialisten und auch viele Bürgerliche, von denen man eine Hemmung der nationalen „Reinigung“ erwartet.

Die Währungsbank im Reichskabinett

Das Kabinett hat, wie der Sig. Parlamentsdienst erzählt, am Mittwoch den Entwurf zur Errichtung einer Währungsbank verabschiedet. Sehr wahrscheinlich wird er bereits am Mittwoch dem Reichsrat zugehen. In dem alten Referentenentwurf wurden wesentliche Änderungen mit dem Ziel vorgenommen, den Einfluß der Währungsbank auf das neue Noteninstitut zu beschränken. Der alte Entwurf gab der Regierung nur das Recht zur Ernennung eines vorläufigen Präsidenten. Der neue Entwurf berechtigt sie, alle maßgebenden Stellen zu besetzen. Das gerade die Personalauswahl von großer Wichtigkeit ist, beweist ja die Reichsbank unter der Herrschaft Hasensteins. Der verabschiedete Plan sieht eine Verwaltungsgesellschaft vor, in dem die Wirtschaftskruppen und auch die Gewerkschaften vertreten sein sollen. Dieser Verwaltungsrat schlägt den Präsidenten vor, während der Regierung das Recht bleibt, den Vorschlag anzunehmen oder abzulehnen. Um eine größere Sicherheit der neuen Note zu erzielen, ist die Höchstmenge der Notenemission von 2,8 Milliarden auf 1,2 Milliarden herabgesetzt und die hypothetische Belastung von 8 auf 4 Proz. erhöht worden. Die Belastung soll nicht mehr nach dem Wechselsatz, der die Reichsbank nicht erfassen kann, sondern nach der Zwangsanleihe vorgenommen werden. Die Verzinsung wird von 6 1/2 auf 6 Proz. reduziert. Dagegen werden die Kompetenzen der Währungsbank bedeutend erweitert. Der alte Entwurf sah nur bankmäßige Geschäfte mit dem Reichsbank in der Form, daß die Währungsbank Goldnoten diskontieren darf. Die eigentliche Kreditgewährung bleibt aber, wie auch der

alte Entwurf vorsah, ausschließlich der Reichsbank überlassen, die sie nur gegen kurzfristige Warenwechsel vornehmen darf. Die Währungsbank bringen zweifellos Verbesserungen. Vor allen Dingen wird der Einfluß des Reiches auf das Noteninstitut bedeutend gestärkt. Aber auch in der vorliegenden Gestalt kann der Entwurf viele berechtigte Bedenken nicht beseitigen.

Die Freigabe Korfu erzwingen

Paris, 26. September. Die abendliche Beratung der Völkerkonferenz hat mit einem vollen Siege der von Frankreich befohlenen Vermittlungstheorie geendet. Italien erhält die von Griechenland deponierten 50 Millionen Lire sofort ausgehahlt und muß dafür Griechenland unverzüglich, unter Verzicht auf besondere Rückerstattung der Besetzungskosten, räumen. Die Völkerkonferenz Englands, Frankreichs und Japans willigen unter keiner Bedingung auf die von Italien versuchte Sinaufhebung der Blokade Korfu ein, so daß sich Italien fügen mußte. Die italienische Regierung erklärte der griechischen, daß sie Korfu am 27. September tatsächlich räumen werde.

Aus dem Wirtschaftsleben

Die Herabdrückung der Devisenkurse, die durch die neueste Stützungsaktion der Regierung gelungen ist, hat manche von denen in gewisse Verlegenheit gebracht, die ihre Preise auf die Goldmarktrechnung eingestellt hatten. Sinkt der Dollar, so sinken damit natürlich bei gleichbleibenden Goldpreisen auch die Papiermarkeneinnahmen, aber bei vielen Unternehmungen sinken deswegen die Umsätze zunächst noch nicht. Die Löhne sind bisher nicht in Goldmarken festgesetzt worden und da vorläufig eine wesentliche Verbilligung der Lebenshaltung noch nicht eingetreten ist, kann natürlich von einer Verringerung der Löhne nicht die Rede sein. Man hilft man sich vielfach dadurch, daß man

die Goldmarkpreise

erhöht. Also, wenn der Dollar steigt, wollen die Herrschaften durch die Goldrechnung verbuchen, sie wollen aber nichts verlieren, wenn es einmal umgekehrt kommt. Wo die Praxis, von der hier die Rede ist, angewandt wird, ist es notwendig, daß die Buchhalterpolitik einschränkt. Wer einmal zur Goldrechnung übergeht, muß auch rechnen sein, etwaige Verluste zu tragen, wenn sich einmal unser Geldwert nach oben bewegt. Eine Erschwerung der Stützungsaktion bildet die Ausgabe von Notgeld durch private Unternehmer, es ist manden Unternehmungen möglich, durch Ausgabe von Notgeld den Mangel an Betriebskapital für die Lohnzahlungen zu beheben und andererseits, der sonst hätte zum Verlust seiner Devisen schreiten müssen, kann sie behalten, weil er sich eben mit Notgeld helfen kann. Es müßte unbedingt dafür gesorgt werden, daß Notgeld, soweit seine Ausgabe nicht ganz vermieden werden kann, nur von öffentlichen Körperschaften, nicht aber von Privaten ausgegeben wird. Die Stützungsaktion der Regierung ist sehr gut, jetzt sieht man unter anderem auch im Geschäft mit Baumwolle. Die Venus Lewi im Berliner Tagblatt berichtet, in der Einkaufs- und Verkauf von Baumwollwaren fast unmöglich geworden. Weil die Mittel nicht vorhanden sind, um auch nur kleine Posten zu bezahlen. Große Firmen, die früher Hunderte und Tausende von Säcken bestellt haben, sind jetzt gezwungen, ihre Einkäufe wesentlich zu beschränken, da jedes einzelne Stück Milliarden von Mark kostet. Weber der Spinner hat Geld genug, die Rohbaumwolle zu kaufen, noch kann der Weber die Garne erziehen. So sind die Unternehmer infolge Geldmangels und mangelnder Aufträge gezwungen, ihre Betriebe immer weiter stillzuliegen. Die Großhändler warten vergeblich auf die Einfäufer, und der Einzelhandel ruht vollkommen. In der Textilbranche werden Faktoren in Marktdröhung überhaupt nicht mehr geschickt, sondern nur noch in fremder Währung. Dabei sind die verschiedensten Methoden üblich. Einige Großhändler rechnen nach Dollarkonten, andre nach Goldmark, gleich ein Viertel Dollar. Die Buchhalter rechnen nach holländischen Gulden, die Seidenhändler nach Schweizer Franken, andre Branchen haben das englische Pfund Sterling ihrer Kalkulation zugrunde gelegt und rechnen den Schilling gleich einer Mark, trotzdem ein Schilling gleich 1/2 Mark ist, während ein Vierteldollar 1/6 beträgt. Es wäre allerdings an der Zeit, daß diesem Wirrwarr ein Ende gemacht wird.

jedes einzelne Stück Milliarden

von Mark kostet. Weber der Spinner hat Geld genug, die Rohbaumwolle zu kaufen, noch kann der Weber die Garne erziehen. So sind die Unternehmer infolge Geldmangels und mangelnder Aufträge gezwungen, ihre Betriebe immer weiter stillzuliegen. Die Großhändler warten vergeblich auf die Einfäufer, und der Einzelhandel ruht vollkommen. In der Textilbranche werden Faktoren in Marktdröhung überhaupt nicht mehr geschickt, sondern nur noch in fremder Währung. Dabei sind die verschiedensten Methoden üblich. Einige Großhändler rechnen nach Dollarkonten, andre nach Goldmark, gleich ein Viertel Dollar. Die Buchhalter rechnen nach holländischen Gulden, die Seidenhändler nach Schweizer Franken, andre Branchen haben das englische Pfund Sterling ihrer Kalkulation zugrunde gelegt und rechnen den Schilling gleich einer Mark, trotzdem ein Schilling gleich 1/2 Mark ist, während ein Vierteldollar 1/6 beträgt. Es wäre allerdings an der Zeit, daß diesem Wirrwarr ein Ende gemacht wird.

Handelverkehr mit Rußland

zu gelangen. Rußland hat uns früher einen großen Teil unseres Brotgetreides geliefert. Von der russischen Seite des vorigen Jahres hat Deutschland, wie aus Moskau gemeldet wird, 450 000 Tonnen abgenommen. Ein Weizenabkommen das für dieses Jahr abgeschlossen werden soll, sieht die Lieferung eines

treten — die Mischkorn, die offensbare Schwierigkeit des Ueberreinanderdruckes weisen auf andre Verfahren. Es besteht die Möglichkeit des Stoffs- oder Papierabwages. Die bei Drossel angefertigten Blätter sind also nicht bloß selten, sondern auch in mancher andern Hinsicht lebenswert.

Dresdner Kalender

Theater am 28. September. Opernhaus: Rabane Butterlieb (7 1/2). Volkshaus Nr. 2577 bis 2581. — Schauspielhaus: Anrechtreihe B: Die deutschen Kleinstädter (7 1/2). Volkshaus Nr. 2998 bis 3426. — Neustädter Schauspielhaus: Geschlossen. — Residenz-Theater: Der Gauderföngel (7 1/2). — Neues Theater (Raufmannshaus): Das gelbe Felt (7 1/2). Neues Theater. Der Vorverkauf für die am Sonnabend (7 1/2) stattfindende Aufführung von Max Wobers Schauspiel Das gelbe Felt hat begonnen. Karten an der Tageskasse im Hause der Raufmannshaus, Ostra-Allee 9, von 10 bis 2 Uhr und 5 bis 7 Uhr. Telefon 11 789, und im Residenz-Kaufhaus, Prager Straße. Mittelungen der Konzertdirektion Kies. Hans Kädiger singt Sonnabend und Sonntag (7 1/2) im Künstlerhaus sein neues Programm. Begleiter: Dr. Ebig. — Neue Musik von Paul Kron. Erster Abend Sonnabend (7 1/2) im kleinen Raufmannshaus. Es wirken mit: Hilbe und Max Strub (Violine), Charlotte Dirmoser (Gesang), Werke von Bartok, Beethoven, Kobak und Milhaud. — Montag (7 1/2), Palmengarten, Klavierabend von Liliana Dobri Christowa. Karten bei F. Kies, Seestraße 21. Die Staatliche Kunstgewerbebibliothek, Classstr. 24, zeigt zur Zeit in ihren Ausstellungen japanische Originalhandzeichnungen, und zwar wertvolle künstlerische Tier- und Pflanzenstudien aus ihren neu geordneten Beständen. Vertäglich geöffnet von 8 bis 6 Uhr, Sonnabends bis 2 Uhr. Sonderausstellung des Museums für Völkervunde. Vom 1. Oktober an wird die Sonderausstellung über: Die Kultur der Mongolen in der Terragen Garden (Ostra-Allee) Mittwoch und Sonnabends von 8 bis 6 Uhr, Sonntags von 11 bis 1 Uhr unentgeltlich der Besichtigung offenstehen. Mittelungen des Museums in Großen Garten. Nächste Führung Sonnabend (4 1/2). Dr. G. Curtius wird über das Palais und die Anlage des Großen Gartens sprechen. Volkshochschule. Von allen Mitteilungen der Volkshochschule können diejenigen, die keine Tageszeitungen lesen, an folgenden Stellen Einsicht nehmen: in der Geschäftsstelle, Georgplatz 5, L. im Zeitungskasten der Volkszeitung, Mittelringplatz 10, bei E. Helmke, Annenstraße 12a, und in Söders Buchhandlung, Hauptstraße 5. Staatliche Landesbibliothek. Die Neuerwerbungen der letzten acht Tage sind vom 1. bis 6. Oktober im Lesesaal der Bibliothek ausgestellt.

Aus aller Welt

Hungertod in Groß-Berlin. Aus Berlin wird gemeldet: Nach dem Anzeiger des Stadtphysikats sind in der Woche vom 8. bis 14. September im Landkreis Groß-Berlins 68 Personen an Entkräftung gestorben. Greusenstatistik in Polen. Aus Katowitz wird gemeldet: Auf der einer französischen Gesellschaft gehörenden Grube „Neben“ in Komarowa Gorna, Kreis Bengin, brach am Donnerstagabend im westlichen Teile der Grube in 170 Meter Tiefe ein Brand aus, der noch weiter wüthet. Der Katastrophe fielen bisher 26 Bergleute zum Opfer. Man rechnet, daß noch eine größere Anzahl Vermißt wird, mit etwa 40 Toten. Die Rettungsaktion konnte infolge des Mangels von Hilfsmitteln erst am Freitag in Angriff genommen werden. Die Ursache des Unglücks ist darin zu suchen, daß arbeitende Bergleute eine zugemauerte, mit Schlagweiser angefüllte Kammer anfuhrten.

Aus dem Wirtschaftsleben

eines deutschen Dreimonatsbetrags an Roggen und von 50 000 Tonnen Weizen vor. Außerdem soll Deutschland auch noch Getreide und Hirse erhalten. Die Durchführung des Abkommens ist allerdings noch nicht vollkommen gesichert. Deutschland soll 10 Millionen Goldmark zahlen, die aber sofort für den Kauf deutscher Industrieerzeugnisse verwendet werden können. Die Qualität des russischen Getreides wird angeblich durch eine strenge Ausfuhrkontrolle gesichert. Oesterreich erweist sich bekanntlich schon seit Monaten einer stabilen Währung, man ist aber noch nicht soweit, daß man endgültig

die Krone stabilisieren

kann. Die österreichische Nationalbank, die bei Beginn der Stabilisierungsperiode über eine Deckung von 27 Prozent verfügte, hat jetzt eine Deckung von 48,5 Prozent. Man rechnet darauf, daß eine ansehnliche Kräftigung des Standes des österreichischen Noteninstitutes erreicht wird. Neben aber sieht es noch mit der österreichischen Handelsbilanz aus, die im Jahre 1922 ein Defizit von 540 Goldtrone aufwies. Die Bilanz ist zwar im ersten Halbjahr 1923 etwas besser, doch es ist, wie der Generaldirektor der österreichischen Nationalbank, Dr. Viktor Braunels, in den Mitteilungen des Verbandes österreichischer Banken und Bankiers schreibt, eine bekannte Tatsache, daß das Defizit der Handelsbilanz durch statistisch nicht erfaßte Exporte eine recht erhebliche Korrektur erfährt. Augenblicklich fließt Oesterreich viel ausländisches Kapital zu und dadurch wird die Zahlungsbilanz verbessert, aber, wie Braunels mit Recht ausführt, man muß sich davor hüten, diesen Kapitalstrom als ein dauerndes Aktivum der Zahlungsbilanz zu betrachten. Braunels kommt zu dem Schluß, daß trotz der günstigen Entwidlung der Staatsfinanzen und trotz der kräftigen Position des Noteninstitutes der Moment noch nicht gekommen ist, um mit Sicherheit an eine Stabilisierung gehen zu können. Im großen Umfange ist österreichisches Kapital jetzt an polnischen Unternehmungen beteiligt. So die österreichische Kreditbank an der Warschauer Diskontobank und der galizischen Hypothekbank in Lemberg und an der schlesischen Bank in Wetzl und einigen industriellen Unternehmungen. Die Firma Rothschild ist beteiligt an den Petroleumgesellschaften Naphta, Galizien und Ronto. Die Schweiz hat empfindlich unter den

Wirkungen der Ruhrbesetzung

gelitten. Von 442 Millionen Frank im letzten Quartal 1922 ist die Export wieder auf 406 Millionen Frank in den ersten drei Monaten des laufenden Jahres gesunken und hat sich auch im zweiten Quartal nicht weiter erhöhen können. Der Absatz ist also auf den bisherigen tiefsten Stand im Vorjahre zurückgegangen. Die Wirkungen der Ruhrbesetzung haben sich in der sinkenden Kaufkraft der drei wichtigsten Abgabegüter der Schweiz: Deutschland, Frankreich und England sowie in der Valutakonkurrenz Frankreichs, Belgiens und Italiens gezeigt. Deutschland, das im letzten Quartal 1922 für mehr als 90 Millionen Frank Textilwaren, Uhren, Säute, Felle und Millionen aus der Schweiz bezog, hat in den ersten drei Monaten dieses Jahres nur für 23 Millionen und im zweiten Quartal nur für 20 Millionen Frank von diesen Waren eingeführt. Besonders hart war die Abnahme bei Seide. Auch der Umporport nach Deutschland hat sehr stark gelitten. Früher wurden in erster Linie goldene Taschenrechner bezogen, jetzt vorwiegend nur Uhrwerke. Anfolgedes sinkens des französischen Franken ist auch die Ausfuhr nach Frankreich zurückgegangen, und zwar von 42 Millionen im letzten Quartal 1922 auf 27 Millionen Schweizer Frank in den ersten drei Monaten dieses Jahres. Bei der Ausfuhr nach England trat ein Rückgang erst in den letzten Monaten ein, als sich die englische Wirtschaftslage verschlechterte. Ansgesamt ergibt sich für den Schweizer Export nach den drei wichtigsten Abgabegütern ein Wertverlust von 88 Millionen Frank, der fast genau so groß ist wie der Gesamt rückgang des Schweizer Exports zwischen dem letzten Quartal des Vorjahres und dem zweiten Quartal 1923 mit 86 Millionen Frank. Der Rückgang des Exports macht sich bereits in einem neuen Ansteigen der Arbeitslosigkeit geltend.

Der Dollar 142 044 000,—

Table with columns for location, date, and dollar amount. Locations include Amsterdam, Buenos Aires, Kuen, etc. Dates are 27. 9., 28. 9., 26. 9.

rs. Berlin, 27. September. (Sig. Draht.) Im Devisenmarkt ist die Tendenz fest. Die Nachfrage ist etwas lebhafter. In den etwas höheren Preiskursen werden Abgaben vorgenommen, um den Bedarf zu den amtlichen Notierungen wieder zu decken. Die Geschäftstätigkeit hält sich auch heute in engen Bahnen. Bei den Umsätzen handelt es sich um nicht erhebliche Beträge.

Waffenstände der Moldau, Iser, Eger und Elbe

Table with columns for location, date, and number of weapons. Locations include Moldau, Iser, Eger, Elbe. Dates are 25., 26., 25., 26.

Leben • Wissen • Kunst

Chinesische Farbdrucke

Pa. In der Buchhandlung Dressel auf dem Wismarplatz ist eine seltene Sammlung chinesischer Farbdrucke zu sehen, die aus der Sammlung Felix Titonin stammt. Die Drucke, die etwa der Zeit 1600 bis 1700 angehören, sind aus einem Leinwand der Malerei entnommen und zeigen in der Hauptsache Zweige und Blätter — vor allem Bambus — Wälder, Gaine, Landschaften. China hat in seiner jahrhundertelangen Vergangenheit, in seinem Abstieg vor dem Westen eine Kultur der Malerei entwickelt, für die wir jetzt erst, d. h. 600 Jahre nach ihrer Blüte etwa, reif werden. Wer das Werk von Otto Fischer „Die chinesische Landschaft“ kennt, weiß, daß dieses Volk Arbeiten hervorgebracht hat, die an Qualität die griechische und ägyptische Malerei erreichen. Moderne Kunstausstellungen impressionistischer und expressionistischer Art sind von ihm mit einer Empfindungsfeinheit und einem Geschick entwickelt und ausgeführt worden, daß wir allen Grund haben, heute noch zu dieser Kultur vor vielen Jahrtausenden bewundernd aufzuschauen. Ihr Einfluß auf uns ist eben erst möglich, nachdem wir uns auf ein etwa gleiches Niveau der Kultur hinaufgearbeitet haben. Dabei sind nicht etwa die japanische und die chinesische Malerei gleichwertig zu erachten. Die chinesische ist älter, ist Reife, ist frischer und feinsinniger. Die japanische als lernende ist schematischer, manierierter und nur in einzelnen Dingen von der erstaunlichen Knappheit, Klarheit und Gefühlstiefe des chinesischen Ausdrucks. Die ausgefallenen Drucke sind Volkstanz, d. h. sie zeigen, welchen Geschmack die breiten Massen befehen. Sie sind zufällig auf dem Wege zum Wismarplatz an einem Anstandsartenladen vorbei. Man kann an diesen Sachen sehr schön den Stand unserer „Volkstanz“ erkennen. Entzweit steht man da Groß, d. h. weibliche Gestalten, mehr oder minder ausgezogen, um die Sinnlichkeit zu zeigen, oder sitzen Eisenreihen und Archimedesblüten und wackelblauen Himmel. Ein Vergleich der Mehrzahl der ausgefallenen Szenen mit solchen chinesischen Volkstanzern zeigt, daß unsere geschmacklich erstehenden Künstler, wie Arno Breiter z. B., noch unendlich viel Arbeit haben. Wer an den bei Dressel ausgefallenen Drucken bemerkt, daß sie die Höhe der chinesischen Malerei in der Blütezeit nicht erreichen, wird doch, namentlich beim Vergleich der zwei Wismarplatzdrücke, immer noch zugeben müssen, daß es sich hier in Form und Farbe um Wertvolles handelt, ganz abgesehen davon, daß z. B. einzelne Bambusblätter in den Drucken eine ganz besondere Qualität zeigen in der Rüge der Sanddrift, mit der sie hingeführt sind, und in dem Gelbdruck, mit dem ein Blatt als Ganzes gestaltet ist. Wer große Anforderungen stellt, wird auch an den ausgefallenen Originalarbeiten seine Freude haben. Die Technik des Verbleibungsverfahrens ist nicht recht klar. Man denkt an Holzschnitt. Aber die Druckmuster, die auf

Sachsen

Fort mit dem „Zeignertabernet“

In der Sächsischen Arbeiterzeitung lesen wir: Die Regierung Zeigner ist ein revolutionärer Faktor, nicht durch das, was sie tut, sondern durch das, was sie unterläßt.

Wo trotzdem die Kommunisten leben, in welcher entscheidender Weise Genosse Zeigner den Kampf gegen die Reaktion und gegen den Faschismus führt, bleiben die Kommunisten dabei: das Zeignertabernet muß fort!

Keine Verflüchtigung von Brotgetreide

Aus der Staatskanzlei wird uns geschrieben: Die Brotversorgung wurde bisher in starkem Umfange am Wege der Einfuhr gesichert. Infolge der Devisenknappheit ist die Einfuhr jedoch zur Zeit fast völlig ausgefallen.

Es besteht jedoch Anlaß zur Annahme, daß das Verbot schon jetzt nicht überall beachtet wird. Es scheint, als ob das erfreulicherweise nicht unglückliche Ergebnis der diesjährigen Brotgetreideernte hier und da die Auffassung erweckt hat, als ob ein Sparen mit untern Vorräten in diesem Jahre nicht zu erforderlich wäre wie bisher und als ob das Verflüchtungsverbot mit einer gewissen Nachsicht gehandhabt werden möchte.

Der hier vertretene Standpunkt entspricht den Auffassungen, die wir immer vertreten haben. Die Verflüchtigung von Nahrungsmitteln bedeutet eine große Gefahr für die Volksernährung.

Einhaltung eines Verflüchtungsverbot läßt sich auch bei dem besten Willen der zuständigen Behörden kaum erzwingen. Schließlich kann man nicht hinter jeden Bauern einen Schatzmann stellen.

Blutige Zusammenstöße in Annaberg

In Annaberg ist es in der Nacht zum Donnerstag zu blutigen Zusammenstößen zwischen Rechtsradikalen und der Arbeitererschaft gekommen, wobei 1 Toter, 5 Schwerver- und 20 Leichtverletzte zu beklagen sind.

Ein militärischer Aufmarsch der Rechtsradikalen am 22. September, 11 Uhr nachts auf dem Markt, hatte die Arbeitererschaft erregt. Da die Rechtsradikalen am Mittwoch wieder eine Versammlung abhalten wollten und mit Tätlichkeiten gegen die Arbeiter drohten, versammelten sich die Arbeiter von Annaberg und den umliegenden Orten am Mittwoch abend, um die Versammlung der Rechtsradikalen zu verhindern.

Aufsehensbezüge. Die in Daxteigeld und im Kuhstange befindlichen sächsischen Staatsbeamten, Geistlichen und Lehrer sowie deren Hinterbliebenen erhalten anlässlich der für das letzte Monatsviertel des September beschlossenen Erhöhung der Versorgungsgebühren in den nächsten Tagen wiederum eine Abschlagszahlung angewiesen.

Die zum gleichen Zeitpunkt werden allen Versorgungsberechtigten voraussichtlich auch die Versorgungsgebühren für Monat Oktober in der maßgebenden Höhe (nicht nur abschlagsweise) auf dem neuen Lebensentwurfsweg (durch die Post) zur Zahlung angewiesen sein.

Dresdner Chronik

Im täglichen Leben rechnen wir mit Millionen und Milliarden, schon tauchen Billionen auf, und von ganz weit her nähert sich gar die Trillion. Zahlenbegriffe, um die man sich früher nicht kümmerte, müssen uns geläufig werden.

Man weiß schließlich, daß eine Milliarde tausend Millionen (1 000 000 000) sind, bei einer Billion aber beginnt es zu kapern, und bei einer Trillion gar fassen viele schon gar nicht.

Zunächst vorweg, daß die Franzosen, Italiener, Spanier und Portugiesen schon unter deutsche Milliarden, d. h. tausend

Millionen mit „Billion“ bezeichnen, also auch bei den weiteren Zahlenbegriffen immer um einen Punkt früher einbringen.

Eine deutsche Billion ist eine Million Millionen, sie wird mit zwölf Nullen geschrieben. Eine Million Billionen (mit achtzehn Nullen) ist eine Trillion; eine Million Trillionen ist eine Quadrillion (mit vierundzwanzig Nullen); eine Million Quadrillionen ist eine Quinquillion (mit dreißig Nullen); eine Million Quinquillionen ist eine Sextillion (mit sechsunddreißig Nullen); eine Million Sextillionen ist eine Septillion (mit vierundvierzig Nullen); eine Million Septillionen ist eine Oktillion (mit achtundvierzig Nullen), das steht in Zahlenzeichen geschrieben so aus:

1 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 und dürfte vorläufig für den Hausgebrauch genügen!

Die lange Warte

Die Arbeitervertreter werden heute bei der täglichen Verschlechterung des Geldes vielfach dadurch geschädigt, daß ihnen die Entschädigungen für entgangenen Arbeitsverdienst verspätet ausgezahlt werden. Besonders ist das bei den Steuerzuschüssen der Fall.

Die Oktobermiete

Der Rat gibt die endgültigen Sätze der Oktobermiete bekannt. Nach den ursprünglich beschlossenen Sätzen war das 200fache der Grundmiete zu zahlen.

jährlich 1 050 000fache, vierteljährlich 270 000fache der Grundmiete. Im einzelnen sieht sich die Miete wie folgt zusammen:

Table with 2 columns: Zuschlag für and Grundmiete. Rows include Betriebskosten, Verwaltungskosten, laufende Instandsetzungsarbeiten, and große Instandsetzungsarbeiten.

Der Zuschlag für laufende Instandsetzungsarbeiten ermäßigt sich bei Grundmieten, die nach dem 31. Dezember 1902 hergestellt sind, um jährlich 20 000, vierteljährlich um 5 000 Grundmieten.

Der Zuschlag für Betriebskosten ermäßigt sich in Grundmieten ohne Heizungsanlage und für Grundmieten in den Stadtteilen Leuben und Prohlitz um jährlich 200 000, vierteljährlich um 50 000, im Stadtteile Briesnitz um jährlich 140 000, vierteljährlich 35 000, in den Stadtteilen Landvogel, Rennitz, Steglitz, Leutawitz, Ober- und Niedergeroth um jährlich 68 000, vierteljährlich 17 000 Grundmieten.

Der Zuschlag für Verwaltungskosten ermäßigt sich für Ge-

Der Schwärmer von Bazancourt

Von Otto Thielemann

Hinter Bettram: Vogelsang schlief, angelockt vom Lärm, der Greis ins Haus. Er kam vom Turm. Seine dunklen Augen blühten freudig hoffende Mut.

Die Kameraden schliefen. Es war erdrückend heiß unter dem Dache. Vogelsang öffnete das Fenster. Geheimnisvoll wehte das Mondlicht aus unendlichen Fernen hernieder.

Mit bleichen Nebeln spielt es um Dächer und Kronen. Schweigen liegt über dem Dorf wie ein ewiges Rätsel. Gedächtes Rätsel der Erde bist, Mensch, du!

Gedämpft klingt's durch die ferneren Gassen: „Ganz ohne Weiber geht die Gasse nicht... ganz ohne Dufft ist die No-o-ße nicht...“

Vogelsang legt sich auf den knarrenden Draht. Ist er denn der Einzige, der den Krieg empfindet? Warum kann er nicht auch fröhlich sein, sich betrinken, allen Jammer beim Kartenspiel vergessen? Den Augenblick genießen? Warum auch auf ihm das Kreuz besonders schwer lasten? Ein großes Sehnen befüllt ihn. Ein Sehnen nach Liebe und Heimat, nach Glück und Frieden... nach einem kleinen Haus, weinlaubumspunnen, mit Blumen in den Fensterbänken und grün angeführtem Tor, nach roten Tulpenbeeten, nach einem kühlen Zimmer mit einem alten Schreibtisch, von dem er alles übersehen kann, Rosen und Nelken, Tor und Tulpen, den Sonnenschein und weite blaue Ferne...

Zwei warme dunkle Augen stehen sich in seine Träume, erobern heimlich sein Gemüt. Er staut beruhigt in einen tiefen Schlaf, wie seine Sehnsucht in den Dufft blauschwarzer Haare...

Keiner der Schlaftrüger hört die heiseren Sängler unter dem Fenster zum zweiten Male vorüberziehen, den beliebten Reizart beharrlich wiederholend:

„Die Mädis, die Mädis, die Mädis vom Chantant, die nehmen's mit der Liebe nicht so tra-a-agisch...“

Nur unten der alte Thibaut hört es; der ballt die Faust, schaut ihnen nach und flucht ergrimmt: „Ihr Hunde!“

Der Vormittag berging.

Die Kompanie kroch durch Stachelbrüche, erstürmte Gräben, warf Handgranaten und übte „Vorübergehen in großer Haltung“ und „Legen der rechten Hand an die Pappbedeckung“. Es war ein froher Tag der Nacht gefolgt, allein er wurde nicht beachtet. Der Vormittag berging mit Stöhnen, Fluchen und Säusen in Schwelch und trostlos langer Weile. Mit müden Gliedern jagte sie ins Dorf zurück. Sie standen auf dem Marktplatz an der Kirche still, wo man sie finstern aufsterte. Sie blickten geradewegs ins Meer, hörten Worte, reagierten stumpf und atmeten befreit, als der Kompaniefeldwebel „Wegtreten!“ brüllte.

„Gott sei Dank!“

Vogelsang sah sich um. Hinter ihnen standen, bis auf den Zentimeter ausgerichtet, vier Lastkraftwagen. Die Kraftfahrer verzehrten aus dem Kochgeschiff die Graupensuppe. Wagen und Fahrer gehörten einem Ballonzuge an, der morgens eingetroffen war, sich in dem hohen Park verborgen hielt und nachmittags zuerst den Beobachtungsflieger in die Lüfte schickte sollte. Die Fahrer hatten für den Nachmittag Befehl, die Ausgewiesenen zurückzuschaffen.

Vogelsang warf mit leichtem Nuck den Tornister, der auf den Schultern drückte, in die Höhe und ging in sein Quartier. Rudo Schmidt schloß sich ihm an.

Auf dem Wege trafen sie eine Mörserbatterie. Die Räder, die Lafetten, die Speichen und die Progen waren bunt bemalt. Selbst die über die Lebensmittelwagen gespannten Planen und die Stahlhelme waren behupft mit grüner, gelber, weißer und schwarzer Farbe, um sie dem suchenden Auge des Feindes besser zu entziehen.

„Kochportal, wenn wir mehr Farbe hätten, wir hätten auch die Säule angestrichen...“

Und nach einer Weile, als ein zurückgebliebener Rohwagen, so bunt wie eine Sommerwiese, mit seiner Last vorüberrollte:

„Wenn diese Stieglitze an zu helfen fangen, dann wird et duntzig hier.“

Ein dumpfes Angstgefühl beschlich auch Vogelsang. Wenn diese schwere Batterie, wie es hieß, nur tausend Meter vor dem Dorf sich einbaute, dann wird es hohe Zeit, daß die zurückgebliebenen Dorfinsassen den Ort verlassen. Die Batterie würde bestimmt das Feuer der feindlichen Geschütze auf sich ziehen. Er fürchtete, Yvonne, die er noch gar

nicht recht gefunden hatte, schon wieder zu verlieren. Und unwillkürlich ging er schneller. Rudo Schmidt trabte unwillig neben seinem Quartiergenossen her. Er vernahm aber den aufsteigenden Kerger über die Schweißsamkeit und große Eile des Korporals. Sein pfiffiges Gemüt fand schnell ein Bild zusammen: „Der läuft, sagt nichts, der muß ja tiefen Kohldampf haben.“

Sie stiegen die schmale Treppe hinauf. Schmidt, froh, im Quartier zu sein, trat kräftig auf, daß es das Haus durchdröhnte. Vogelsang nahm Rücksicht auf Yvonne und gab sich Mühe, mit seinen schweren Stiefeln so leicht wie möglich aufzutreten.

Klassen und Bethge lagen schon auf dem Raschendraht. Sie hielten jeder sprunghaft ein leeres Kochgeschiff zwischen den Händen. Vogelsang war verstimmt. Ihm fehlte etwas. Am Morgen waren sie sehr früh zum Dienst gerückt. Er hatte Yvonne deshalb nicht sehen können. Und eben war sie auch nicht da. Er hatte heimlich angenommen, sie in der Tür zu treffen. Nun fühlte er, daß er sie sehen müsse. Nur sehen. Er überlegte und fand auch einen Grund. Zigarettenasche und Papierstückchen lagen auf dem heute nicht gefegten Boden.

„Kinder, es sieht ja toll hier aus, ich werde einen Vesen holen.“ Und flugs war er hinunter. Die drei Zurückgebliebenen sahen sich verstört an. Schließlich platzte Schmidt heraus: „Wenn id Hauptmann wäre, wollt' id glooben, der wollte Vise werden.“

Und Klassen, den der Schmutz besonders vorwurfsvoll hätte anbliden müssen, denn er hatte Stäubensien, trug sich im stillen mit der Hoffnung: „Ob er auch segt?“

Aber Vogelsang kam wieder, stellte den Vesen achilles an den Schornstein und ging ans Fenster, froher Gefühle voll. Es war auch merkwürdig, Yvonne, die eine neue blaue Schürze trug und wie ein Festtag lachte, hatte ihn selbst auf seine Bitte den Vesen in die Hand gedrückt. Sie sah so lieblich aus, daß er wie angezuckelt stand und wie ein Junge seine Farbe wechselte. Der Atem stockte ihm. Und sie, die seine Verwirrung merkte und weisete, daß er um sie verlegen wurde, erwiderte bis an ihr dunkles Haar. Er liebte dieses Haar. Er glaubte gar, in letzter Nacht davon geträumt zu haben. Zwar klang er nicht mehr, ob dieses schwarze Haar im Traume Yvonne gehörte... (Fortsetzung folgt.)

Vertical text on the left margin containing various small notices and advertisements.

